

Saale-Zeitung.

Zweihundertzweiter Jahrgang.

Anzeigen

wenden die Spaltenzelle oder deren Raum mit 30 Pfg. ...

Beylagspreis

für Halle vierteljährlich bei postmässiger Anstellung 2,50 M., durch die Post 3,25 M., auswärts ...

Nr. 144.

Halle a. S., Mittwoch, den 25. März

1908.

Die Zusammenkunft in Venedig.

Ehe sich Kaiser Wilhelm nach seiner Frühjahrs-erholungsstätte Korfu begibt, hat er in Venedig eine Begegnung mit dem Könige von Italien. Es ist eine Reihe von Jahren her, seit Kaiser Wilhelm Italien besucht hat. Das letztemal war es im März 1904, als der Kaiser nach der erfolgreichen Operation seines Stimmleiterspolypen einige Wochen der Erholung auf einer Kreuzfahrt im Mitteländischen Meere suchte, und außer einer Zusammenkunft mit dem König von Spanien auch eine Begegnung mit dem König von Italien hatte.

Die Situation hat sich im Laufe des vorigen Jahres völlig geändert. Seitens der österreichisch-ungarischen Diplomatie wurde der Sommer des Jahres 1907 mit seinen zahlreichen Ministerbegegnungen und Monarchenzusammenkünften geradezu als ein historischer Sommer bezeichnet. An Stelle der Kriegerisoperpetuitäten traten plötzlich die friedlichsten Ausflüchte. Tittoni veränderte nach den Begegnungen mit dem Fürsten Bülow und Baron Lehrenthal das österreichisch-ungarischen Sonderbegehren zu Italien wurden gleichfalls barometrisch ausgefallt.

Das Deutsche Reich eine Friedensmacht sein will, kann kein Volk der Erde mehr ernsthaft in Zweifel ziehen. Hoffentlich wird dem Frieden durch die Begegnung in Venedig ein wertvoller Dienst geleistet, wird die Sympathie, die zwischen dem italienischen Volke und der deutschen Nation zu erkalten im Begriff war, wieder gestiftet, und das Beharren Italiens im Dreibund, das in den letzten Jahren mehr ein Akt verumnünftiger Berechnung als eine Sache des Herzens war, zu einer populären Angelegenheit des gesamten italienischen Volkes gemacht.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Die Prinzessin Anna Pia Monika von Sachsen wird Anfang April über Leipzig nach Dresden gebracht werden.

Der Kaiserbesuch in Venedig.

Der König von Italien ist in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Tittoni heute morgen 7 1/2 Uhr in Venedig eingetroffen. Am Bahnhofe wurde er von den Behörden empfangen und von einer großen Volksmenge begeistert begrüßt. Das Programm für die Ankunft des deutschen Kaiserpaars ist folgendes: Das deutsche Kaiserpaar trifft um 11 Uhr 30 Minuten in Venedig ein und wird vom König in offizieller Weise empfangen. Am dem Empfang nehmen teil der Minister des Auswärtigen Tittoni, die Admiralität des Seeadmiralitäts Venedig, die Staatsfähnführer des italienischen Geschwaders, der Präfect der Provinz und der Bürgermeister von Venedig an der Spitze des Gemeinderats.

Hunde an der Landungsbrücke der königlichen Gärten hinter dem Markusplatz anliegen. Um 1 Uhr soll im königlichen Palais ein Frühstück stattfinden, zu dem auch der Graf Monts mit Gemahlin und der Minister Tittoni zugezogen werden. Nach dem Frühstück begibt sich das Kaiserpaar mit der Prinzessin Viktoria an Bord der „Hohenzollern“ und wird das Schiff für den Rest des Tages nicht mehr verlassen. Abends 7 1/2 Uhr findet auf der kaiserlichen Jagd zu Ehren des Königs ein Galaberne statt, während dessen die städtische Kapelle auf der festlich beleuchteten Gallegiante vor der Jagd konzertieren wird.

Das Ende des Journalistenstreits.

Ueber Gröbers Bitte um Entschuldigung — nicht um Verzeihung, wie gestern der Bericht fälschlich aus Berlin berichtete — ist bereits kurz berichtet worden. Die von Herrn Gröbers verlesene Erklärung hatte folgenden Wortlaut:

Meine Herren, es ist mir persönlich eine Ehrensache, meinen verehrten Kollegen folgende Erklärung abzugeben: In der Sitzung des Reichstages vom 19. März hat der Abg. Erpinger in einer Rede über die Kolonialpolitik gesagt: „Der Eingeborene ist auch ein Mensch, ausgestattet mit einer unsterblichen Seele, und zu derselben ewigen Bestimmung berufen wie wir.“ Nach Anhörung dieser Worte, wie ich ausdrücklich hervorheben will, verzeihet der unforgierte amtliche fotografische Bericht Unruhe und Zwischenrufe von der Journalistentribüne, lebhaftes Entrüstungsrauschen aus der Mitte, Glases der Präsidenten. An den lebhaften Entrüstungsrauschen aus der Mitte war auch ich beteiligt. Das Gelächter von der Journalistentribüne war so auffallend, daß ich mit anderen Kollegen den Eindruck gewonnen habe, es handle sich um eine Verhöhnung des Inhalts der Ausführungen des Redners.

Der Beschluß der Reichstagsjournalisten, den Streik zu beenden und die Arbeit am Donnerstag wieder aufzunehmen, hatte dem „S. C.“ zufolge nach der Aufassung aller Verhandlungsteilnehmer den Sinn, daß auch bereits aus der gestrigen Reichstagsverhandlung zum mindesten die Redner der Regierungsvorrede von der Sperrung befreit sein sollen. Da sich herausstellte, daß von dieser Befreiung fast alle großen Mächtigsten Gebrauch machen wollen, und in Anbetracht des großen Entgegenkommens, das Fürst Bülow der Presse durch sein Schweigen am Montag bewiesen hat, lag auch für uns kein Grund mehr vor, unseren Lesern die Ausführungen des Reichstagsredners vorzuhalten, die wir unten folgen lassen.

Ein Opfer.

In der gestrigen Sitzung der Reichstagsjournalisten stellte Redakteur Harnisch folgendes zu Protokoll fest: Die „Reinisch-Weißfällische Zeitung“ sandte ihrem Berliner Vertreter nach dem Eintreffen seines ersten Berichtes über die Sperrung ein Telegramm, in dem sie ihn anwies, den Bericht wie gewöhnlich zu übermitteln, was dieser telephonisch unter Hinweis auf die Solidarität der Kollegen ablehnte. Darauf sandte ihm die Zeitung einen Brief, in dem sie ihn erneut anwies, Bericht und Stimmungsbilder wie gewöhnlich zu liefern. Gleichzeitig schrieb sie in ihrer Morgenausgabe vom 23. März, daß „sämtliche großen Zeitungen die Zurückweisung der großen Beleidigung der Pressevertreter billigten“, erregte dadurch also bei den Lesern den Anschein, daß auch sie das täte. In ihrer Morgenausgabe vom 22. März schrieb sie gegenüber den Solidaritätserklärungen ausländischer Blätter: „Die Herren täten gut, sich aus deutschen Fragen herauszuhalten.“ Gegen den Inhalt und die Tendenz dieses Satzes legte Herr Harnisch am 23. März in der Journalistenversammlung Protest ein, was ohne sein Wissen und Zutun in dem offiziellen Communiqué mitgeteilt wurde. Am Abend deselben Tages wurde Herr Harnisch telephonisch in brüsker Form entlassen und ihm gleichzeitig verboten, das Bureau überhaupt noch zu betreten. Die „Reinisch-Weißfällische Zeitung“ hat bawern die Reichstagsberichte in der Ausführlichkeit, in der sie diese irgend erhalten konnte, gebracht.

Professor Schnitzer erkommuniziert.

Ueber den katholischen Theologie-Professor Dr. Schnitzer in München ist gestern die excommunication maior verhängt worden. Diese schließt von jeder kirchlichen Gemeinschaft aus und verbietet den Katholiken aus dem geselligen Verkehr mit dem Exkommunizierten. Der Aufhebung des Bannes muß die Kirchenbehörde vorgehen.

Eine Einigung über die Vorstandsneuwahlen im Frotteneverein?

Blättermeldungen zufolge fand vor einigen Tagen in Dresden eine vertrauliche Besprechung zwischen Vertretern

der Landesverbände des Deutschen Frottenevereins statt. Es waren mit Ausnahme dreier Verbände, der von Nürnberg, Weßpreußen und Polen, sämtliche vertreten. Auch Bapern hatte zwei Delegierte entsandt. Die Verbandsvorrede einigte sich dahin, der Hauptverammlung in Danzig ein Präsidium vorzuschlagen, in welchem kein einziger Herr des früheren Präsidiums vertreten sei. Dabei wird für die Stelle des ersten Präsidenten an Fürst Salms-Stein Grafobambal v. Köstler vorgezogen, für den ersten Vizepräsidenten Generalleutnant z. D. Liebermann, für den zweiten Vizepräsidenten Kommerzienrat Körner (Münberg); für den ersten geschäftsführenden Vorsitzenden an General Meisele Kommandant z. D. Siegel, der frühere Marineattaché in Paris, für den Stellvertretenden Vorsitzenden Geheimrat Michailis (Breslau). Die Verhandlungen waren streng geheim.

Dem Prozeß Eulenburg gegen Harden.

Aus dem ersten Rolke-Harden-Prozeß ist, wie der Berliner Lokal-Anz. meldet, ein Strafverfahren gegen Maximilian Harden und seinen Verteidiger Justizrat Bernkeim (München) wegen Beleidigung des Fürsten Philipp zu Eulenburg eingeleitet worden. In dem in dieser Sache eröffneten Ermittlungsverfahren sind zurzeit nur der 146. Abteilung des Amtsgerichts Berlin-Mitte eingehende Vernehmungen statt. Es handelt sich um die Feststellung des Wortlauts einiger Aeußerungen, die Herr Harden und sein Verteidiger während der Schöffengerichtsverhandlung im Oktober v. J. über die sittliche Qualität des Fürsten Philipp zu Eulenburg getan haben sollen. Durch diese Aeußerungen fühlt sich der Fürst beleidigt. Bis zur Erhebung einer Anklage sind jedoch die Ermittlungen immer noch nicht geblieben, da Harden in der letzten Nummer seiner „Zukunft“ mittels, eine Anklageschrift sei ihm bisher nicht zugeestellt worden.

Allgemeine Mitteilungen.

Zur Wellenfahrt nach Windsor an die Crout König Georg IX. haben sich über 1000 Hannoveraner gemeldet. Man denkt, diese Fahrt in ähnlicher Weise abzuhalten, wie seinerzeit die Wellenfahrt nach Langensalza.

Die Berliner Stadtvorordnetenversammlung beschloß einstimmig, den Magistrat zu ersuchen, um die Einführung der fakultativen Feuerbestattung bei Regierung und Parlament zu petitionieren.

Die Bürgerchaft von Hildesheim lehnte die von den Sozialdemokraten beantragte Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und directen Wahlrechts ab.

See- und Flotte.

Kaiserliche Marine. „Fürst Bismarck“ ist mit dem Chef des Kreuzergeschwaders am 24. März von Hongkong nach Futschau in See gegangen. „Leipzig“ und „Klob“ gehen am 25. März von Amoy nach Natursue in See. Der Reichspostdampfer „Goeben“ mit einem Zweigtransporter der abgelassenen Besatzung des Klammfongebiets an Bord ist am 22. März in Colombo eingetroffen und hat am demselben Tage die Weiterreise fortgesetzt.

Deutscher Reichstag.

Fürst Bülow über die auswärtige Politik. Auf der Tagesordnung der gestrigen Sitzung des Reichstages stand die Fortsetzung der Erörterung des Etats des Reichstags und der Reichsanstalt. Die Debatte über die auswärtige Politik war wieder aufgenommen worden. In der Hofloge erschien der Reichspräsident.

Reichstagspräsident Fürst Bülow führte aus: Der Herr Reichspräsident, der sich im Oktober in Berlin vereinigten soll. In Würdigung der friedlichen und humanen Ziele der Union interparlamentaire, die die Volkstretreter der verschiedenen Nationen einander menschlich näherbringen und dadurch politisch die Eintracht unter den Völkern zu fördern suchen, bin ich gern bereit, bei dem Empfang dieser Herren in Berlin mitzuwirken (Beifall), und ich hoffe, daß sich die Herren Vertreter bei uns ebenso wohl fühlen, wie in anderen Hauptstädten, wo ihnen ein sympathischer Empfang bereitet worden ist. Von allen anderen Rednern, die gestern und heute das Wort genommen haben, ist die

sehr unbedingende Lage in Marocco berührt worden. Ich meine mich, daß dies von allen Seiten in erster und ruhiger Sachlichkeit gesehehen ist, wenn auch die Herren mehr oder weniger stark Vorbehalte hinsichtlich der Zweckmäßigkeit der militärischen Operationen Frankreichs gemacht und Zweifel darüber geäußert haben, ob das französische Vorgehen einverstanden sei mit dem Wortlaut und dem Geist der Agence-akte. Es ist richtig, daß diese Akte alle Teilnehmer gleichmäßig bindet, und es ist weiter richtig, daß wir darauf zu achten haben, daß die wirtschaftliche Gleichberechtigung nicht verletzt wird, und daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marocco nicht mißachtet werden. Die Wichtigkeit dieser Interessen ist von allen Herren, auch von dem Herrn Abg. Bebel, betont worden. Von der anderen Seite läßt sich nicht verkennen, daß die Ausführung wichtiger Bestimmungen der Akte durch die Instruktion in Marocco und namentlich durch die dortigen Thronreitigkeiten gehemmt wird. Die französische Regierung kann uns nicht vorwerfen, daß wir in Verkennerung dieser Umstände die Agenceakte in Kleintrieb oder entgegen der Weise ausgelegt hätten. Wir werden das auch künftig nicht tun, aber zu erwarten, daß Frankreich seinerzeit in gleicher Weise die Akte in friedlicher und freundlicher Weise anerkennen und beachten. (Beifall.) Auf den allgemeinen Charakter unserer Marokkopolitik und auf unser Verhältnis zu Frankreich brauche ich heute nicht näher einzugehen,

Nachdem ich mich hierüber wiederholt eingehend vor diesem hohen Hause ausgesprochen habe. Ueber einzelne Punkte, die in der Debatte zur Sprache gebracht worden sind, wird ich mich Herr Nachbar, der Staatssekretär v. Schön, an mich wenden. Ich möchte mich jetzt wenden zu

Mazedonien

und zu einigen Fragen, die damit im Zusammenhang stehen. Man hat die Lage der Dinge in Mazedonien verglichen mit einem Feuerberg, den außer dem Landesherren sechs Großmächte zu fassen sich bemühen, vergeblich, ohne Erfolg, weil von außen immer neue Schritte ins Feuer genommen werden. Der Grund des Uebels liegt nicht ausschließlich und nicht einmal überwiegend in dem Gegensatz zwischen Christen und Mosammedanern, sondern noch mehr in den erbitterten Kämpfen zwischen den verschiedenen christlichen Nationalitäten, von denen sich die Oberhoheit in Mazedonien, und für den Fall der Befestigung der Suprematie der Florie, einen möglichst großen Anteil des Gebietes zu sichern sucht. Gegenüber diesem trüblichen Zustande bildet der Grundgedanke der Aufrechterhaltung des Status quo den einigenden Punkt, von dem aus die Mächte die Lage der Dinge zu bessern suchen. In der Aufrechterhaltung des Status quo ist Deutschland nicht am nächsten, aber mindestens ebenso ernstlich interessiert, wie irgend eine andere Großmacht. Die internationale Grundlage bildet der Berliner Vertrag. Wir haben darüber das österreichisch-ungarische Projekt der Verlängerung der Bosphorus-Bahn des Mittelwegs mit Sympathie begrüßt, denn unter Bundesgenossenschaft läßt sich von einem Neudeck Gebrauch, das ihm in einem völkerrechtlichen Verträge verstanden worden ist. Darüber hinaus betrachten wir die Vernehmung der Verlesung als ein bedeutend geeignetes Mittel, um den Stand der Kultur in diesen Gegenden zu heben, um dadurch die wilden, konfessionellen Stammeseidenschaften zu zügeln. Gegenüber den von verschiedenen Seiten, auch von dem Abg. Bassermann, erwünschten falschen Gerüchten will ich ausdrücklich feststellen, daß wir in dieser Frage Österreich-Ungarn unseren Rat und unsere Unterstützung weder ausgedrückt haben, noch darum angegangen worden sind.

Aus dem Grundgedanke der Aufrechterhaltung des Status quo ergibt sich, daß unsere Anstrengungen gerichtet sind einerseits auf die Erhaltung der Einigkeit unter den Mächten, andererseits auf die Zustimmung der Florie zu den Forderungen der Mächte. Man kann von uns keinen Entschlußismus für Vorkäuflichkeit erwarten, die wir für nicht wirksam oder die wir gar für gefährlich halten. Zu den letzteren rechnen wir die Neuerungen, welche die

Landeshoheit des Sultans

und dadurch die Türkei und die mazedonische Bevölkerung zum äußersten Widerstande reizen würden. Gemäß die Grucelitäten, die in Mazedonien von Christen und Mosammedanern, von Mosammedanern und Christen begangen werden, schlagen der Zivilisation Europas und der Humanität unserer Zeit ins Gesicht; aber noch viel unerträglicher erscheint mir der Gedanke, daß wegen der von heiligem Habitus durchgeführten Missetaten die Mächte untereinander vereinigen, ein heiliger Krieg entzündet werden könnte. (Sehr richtig!) Ich glaube, daß diese Anschauung bei allen Kabinetspräsidenten, bei allen Kabinettsmitgliedern, und deshalb steht zu hoffen, daß das europäische Konzert aufrecht erhalten bleiben wird, wenn auch über manchen Punkt des Programms noch Meinungsverschiedenheiten auszusprechen sind. Aus verschiedenen Aeußerungen, die im Laufe der Debatte gefallen sind, entnehme ich, daß der Wunsch besteht, ich möge mich auch über den Brief äußern, den

Se. Majestät der Kaiser an Lord Tweedmouth

gerichtet hat. Aus Gründen der Discretion, auf die gegenüber einem Privatbriefe Absender und Empfänger den gleichen Anspruch haben, bin ich nicht in der Lage, Ihnen diesen Brief in extenso vorzulesen, und ich füge hinzu, daß ich es außerordentlich bedauere, daß ich dazu nicht imstande bin. Dieser Brief könnte nämlich von jedem von uns, von jedem aufrichtigen Freunde guter Beziehungen zwischen Deutschland und England, unterschrieben werden. (Hört, hört!) Dieser Brief war nach Form und Inhalt ein Privatbrief, und er war gleichzeitig ein politischer Brief. Das eine schließt das andere gar nicht aus, und ein Brief eines Souveränen wird dadurch, daß er politische Fragen behandelt, noch nicht zu einem Regierungssat. (Sehr richtig!) Es ist dies — der Abg. Graf Kanitz hat das gestern mit mehreren richtigen Beispielen belegt — nicht der erste politische Privatbrief eines Souveränen, und unser Kaiser ist nicht der erste Souverän, der an einen auswärtigen Minister einen Brief politischen Inhalts geschrieben hätte, der der öffentlichen Konvention nicht unterliegt. Es handelt sich hier um ein Vorkaufrecht, das von allen Souveränen beansprucht wird und das unserem Kaiser zu behaupten niemand den Recht hat. Wie er von diesem Recht Gebrauch machen will, das können wir nicht seinem Pflichtgefühl überlassen. Es ist eine Probe durch nichts gerechtfertigter Entstellung, wenn behauptet worden ist, der Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth sei ein Verzicht, den für das englische Marineministerium verantwortlichen Minister im deutschen Sinne zu bezeichnen, er bedeute einen Eingriff in innere Angelegenheiten des britischen Reiches. Unser Kaiser ist der Rechte, zu glauben, daß der Patriotismus eines englischen Ministers es ertragen würde, vom Ausland Maßregeln zu akzeptieren hinsichtlich der Gestaltung des englischen Marinebudgets. Aber, meine Herren, was für den englischen Staatsmann gilt, das gilt ebenso sehr für die führenden Männer jedes Landes, das Anspruch auf die Achtung seiner Selbständigkeit erhebt.

In Fragen der Wechselseitigkeit des eigenen Landes

Ich nehme jedes Volk fremde Einpräge ab und zieht nur die eigene Sicherheit, die eigenen Bedürfnisse zum Maß. (Sehr richtig!) Von diesem Recht der Selbstbehauptung und Selbstverteidigung macht auch Deutschland Gebrauch, wenn es eine Flotte schaffen will, die seinen Küsten und seinem Handel den notwendigen Schutz gewähren soll. (Bravo!) Dieser defensive, dieser rein defensive Charakter unseres Flottenprogramms und unserer Flottenpolitik kann gegenüber den unaufhörlichen Verlesungen, von England gegenüber aggressive Absichten und Pläne anzudeuten, nicht oft und nicht klar genug hervorgehoben werden. Wir wünschen

mit England in Ruhe und Frieden

zu leben, und darum empfinden wir es bitter, daß ein Teil der englischen Publizistik kommt und wieder von der deutschen Gesandtschaft, obwohl die englische Flotte unserer Flotte mehrfach überlegen ist, obwohl andere Länder unsere Flotte besitzen als wir und mit nicht geringem Eifer an dem Ausbau ihrer Flotten arbeiten. Trotzdem ist es Deutschland, immer wieder Deutschland und nur Deutschland, gegen das die öffentliche Meinung in England durch eine rachsüchtige und gehässige Polemik aufgeheizt wird. (Sehr richtig!) Es würde, meine Herren, im Interesse der Beruhigung zwischen beiden Völkern, es würde dadurch im Interesse der allgemeinen Beruhigung in der Welt liegen, wenn diese Polemik aufhören würde. So wenig wie wir England das Recht bestreiten, sich auf denjenigen Flottenstand einzurichten, den seine verantwortlichen Staatsmänner für notwendig halten, um die britische Weltbeherrschung aufrecht zu erhalten, so wenig kann man es uns verlangen, wenn wir diejenigen Schiffe uns bauen,

die notwendig sind, so wenig kann es uns verlangen, wenn wir nicht wünschen, daß unsere Schiffbauarbeiten als eine gegen England gerichtete Herausforderung hingenommen werden. (Sehr richtig!) Meine Herren, das sind die, wie ich aus Ihrer Zustimmung entnehmen, Ansichten und Gedanken, die mir alle liegen, die in den Ausführungen aller Redner zum Ausdruck gelangt sind, die unter aller Aufsicht entsprechen. Nehmen Sie zu diesen Ausführungen den Brief des Kaisers an Lord Tweedmouth, in dem ein Gentlemen zum andern, ein Seemann zu dem andern freundschaftlich zu sein, hochzufrieden, daß er ein großer Bewunderer der englischen Flotte, daß er die englische Marine und das englische Volk liebt, so haben Sie den vollkommen zutreffenden Begriff von Ton, Tendenz und Inhalt des Briefes des Kaisers an Lord Tweedmouth. Es wäre sehr zu beauern gewesen, wenn die Absichten und Pläne, von denen unser Kaiser bei Abfassung des Briefes geleitet worden war, in England mißverstanden worden wären. Mit Genugthuung kann ich feststellen, daß solche Verlesungen der Mißachtung in England fast einstimmige Ablehnung gefunden haben. (Bravo!) Nun, meine Herren, glaube ich, daß die von dem Abg. Wiener gestellten und heute von dem Herrn Abg. Liebermann von Sonnenberg mit Recht hervorgehobenen und gewürdigte vornehmliche Art und Weise, in der das englische Parlament diese Frage behandelt hat, daß diese das Beste dazu beitragen würde, um jede Stimmung der Feindschaft zwischen Deutschland und England zu heben, hochzufrieden zu sein. (Bravo!) Nun, meine Herren, eine Bemerkung allgemeiner Art möchte ich noch hinzufügen. Die Herren Abg. Frhr. v. Hertling und Bassermann haben angeführt, der gegen uns im Auslande erhobenen Verdächtigungen ruhige und wahnsinnige Zurückhaltung empfohlen und für die Behandlung der auswärtigen Geschäfte des Landes Steifigkeit, Einseitigkeit, Festigkeit gefordert. Meine Herren, ich glaube, daß die auswärtige Politik, die wir machen können, nicht richtiger und nicht besser charakterisiert werden kann. (Beifall.)

Staatssekretär v. Schön erklärte, er freue sich, von vorne herein sagen zu können, daß unsere Beziehungen zu Frankreich bezüglich der Marokkofrage sich in durchaus normaler und freundschaftlicher Weise herausgebildet haben, wie dies sich auch wiederholt gezeigt habe, soweit diese Beziehungen Gegenstand diplomatischer Erörterungen in Paris und Wien gewesen seien. (Beifall.) Die Politik der jetzigen französischen Regierung bezüglich Marokkos sei weit entfernt, Marokko als einen Angelegenheit einer feindsinnigen Bewegung anzusehen, wie das vor drei Jahren der Fall gewesen sei. Deutschland halte an der Idee von Algeciras unverrückbar fest. Sie sei und bleibe für uns die beste Basis unserer Stellung zu den marokkanischen Dingen. Wesse man nun die Vorgehensweise Marokko an dieser Stelle, so müsse man gegenüber den skeptischen und ironischen Bemerkungen, welchen dieses Dokument hier und da in der Öffentlichkeit und im Reichstag begegnet sei, daran festhalten, daß

eine klare Verletzung der Akte von Algeciras

durch Frankreich bisher nicht habe konstatiert werden können. Das Gerücht, Frankreich denke an eine Kündigung der Algecirasakte, sei sofort dementiert worden. Wiederholt habe die französische Regierung in der Volksvertretung erklärt, daß ihr jede Eroberungspolitik in Marokko fern liege, und daß sie nichts anderes im Auge habe, als die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung und sich korrekt im Rahmen der Akte von Algeciras halte. Gleiche Erklärungen habe der hiesige französische Botschafter gegeben. In diese Erklärung der französischen Republik müsse die deutsche Regierung sich halten; zu ihrer Unrichtigkeit und Unvollständigkeit dürfe sie keinen Zweifel hegen. Bei der Beurteilung der Vorgänge in Marokko müsse man sich folgende Klar machen: Die Akte von Algeciras regelte ein höchstes Gesetz in internationaler Weise, welches die über den Raum für selbständige Akte, durch die die Mächte, die die Akte international unterzeichnet hätten, sich keineswegs des Rechtes begeben, bei flagranten Verletzungen ihrer besonderen Rechte und Interessen einzutreten. Natürlich müsse im allgemeinen dem Grundgedanke der Unabhängigkeit und Integrität Marokkos und der wirtschaftlichen Gleichberechtigung aller Nationen Rechnung getragen werden. Solange diese Grundzüge hochgehalten würden, habe Deutschland keinen Anlaß, Einspruch zu erheben gegen eine Aktion, welche Frankreich auf seine Verantwortung unternehmen habe. Deutschland trage dafür seine Verantwortung, habe daher auch keinen Anteil über die Zweckmäßigkeit der getroffenen Maßregeln zu fällen. Man könne sich natürlich nicht verhehlen, daß bei den jetzigen unruhigen Zuständen in Marokko

der deutsche Handel erheblich leiden

müsse, was um so mehr zu beauern sei, als bei ruhigen Zuständen der deutsche Handel in Marokko noch einer Hebung fähig sei. Frankreich habe jedoch wiederholt versichert, daß eine weitere Schwächung des deutschen Handels tunlichst vermieden werden solle. Solange nicht speziell deutsche Rechte und Interessen verletzt werden, sei es nicht unsere Sache, durch einseitiges Einschreiten die gewöhnlich leichte und verworrene Lage in Marokko noch mehr zu komplizieren. Aber Eingriffe in marokkanischen Fragen werde ein Verzicht, von dem er hoffe, daß es in wenigen Wochen ergehen könne, Aufschub geben. Man werde daraus die Lehre ziehen gewinnen, daß die Regierung in der schwierigen und verworrenen Lage nichts vorzuziehen habe, um die deutschen Interessen in Marokko nach Kräften zu fördern. Als Einzelheit aktueller Natur erwähne er aus dem Weisbuch folgendes: Auf Erkundigungen über die Pressenadrift von einer in Aussicht stehenden französischen Aktion gegen Saffi und Algemmaur habe die französische Regierung gestern versichert, daß sie keine derartigen Pläne habe, vielmehr alles daran lege, um weitere Landungen nach der in Cabablanca erfolgten nach Möglichkeit zu vermeiden. An wenn die Sicherheit der fremden Ansehungen bedroht werden sollte, würde sie die Notwendigkeit ins Auge zu fassen haben, den Schutz derselben tatkräftiger zu gestalten.

Ueber die Frage der

Entschädigungen in Cabablanca

könne er an die zutreffenden Ausführungen des Grafen Kanitz anknüpfen und erwähnen, daß am 2. September 1907 eine Abordnung der deutschen Kolonate von Cabablanca dem Auswärtigen Amt eine eingehend begründete Eingabe überreichte, worin der Antrag gestellt wurde, Frankreich zum Ersatz des entstandenen Schadens heranzuziehen und einzuwirken zur Befestigung des eingetretenen Schadens. Der Vorstand habe die sofortige Anweisung der vorläufig zu verteilenden Summe von 400,000 M. aus Reichsmitteln herbeizuführen. Die eingeforderten gutachtlichen Meinungen des Geschäftsträgers in Tanger und des Konsulatsverwalters in Cabablanca lauteten übereinstimmend dahin, daß in der Tat die Fortsetzung der deutschen Handelsbeziehungen in Cabablanca gefährdet sei ohne sofortige Geldhilfe, und zwar erstens eine solche in Höhe von 250,000 M. geboten, wessige Summe etwa 25 Prozent des vorläufig taxierten direkten Schadens der dortigen Provinz entspreche. Die erbetene Hilfe wurde in Form eines Vorkaufes gemacht, der von den noch zu ermittelnden Schadenersatzpflichtigen jeenerzeit wieder einzuzahlen ist. Die Verteilung des Vorkaufes erfolgte nach einem für alle gleichen Prozentsatz des erlittenen Schadens, wobei nur der direkte Schaden berücksichtigt wurde. Die definitive Feststellung aller Entschädigungsansprüche werde durch eine internationale Kom-

mission erfolgen, die voranschicklich demnachst in Cabablanca zusammenzutreten werde. Frankreich und Spanien erklärten ihr Einverständnis, daß dabei, soweit es sich um deutsche Entschädigungsansprüche handle, die Arbeiten der deutschen Kommission zugrunde gelegt würden. Die Regierung sei unausgesetzt darauf bedacht, auf eine tunlichst beschleunigte Erledigung der Entschädigungsfrage hinzuwirken.

Staatssekretär v. Schön geht sodann auf das

russisch-englische Abkommen über Persien ein und erklärt, Deutschland habe weder politische noch wirtschaftliche Interessen in Tibet, und in Persien nur wirtschaftliche. Es werde also genügen, dieses Abkommen von dem Standpunkte aus zu betrachten, ob die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands dadurch beeinträchtigt werden. Die beiden Kontrahenten hätten sich sehr gebüht, in die Rechte Dritter einzugreifen und in der Einleitung zu ihrem Abkommen sich ausdrücklich zu dem Prinzip der offenen Tür bekannt. Es sei daher keine Veranlassung für Deutschland, sich durch das Abkommen beeinträchtigt zu fühlen oder gar dagegen Stellung zu nehmen. Für die wirtschaftlichen Beziehungen zu Persien machte sich in den letzten Jahren ein steigendes Interesse bemerkbar. Freilich hätten aber Rußland und England dann ihrer Lage, einen nicht unbedeutenden Vorsprung. Uebergehend zu der

Bagdadbahn

erklärte der Staatssekretär, daß zwischen Persien, dem englisch-russischen Abkommen und der Bagdadbahn keinerlei Verbindung bestände. Das sei nicht allein die Ansicht der deutschen Regierung, sondern auch diejenige Rußlands und Englands. Alle Nationen, die mit Kapital an der Bagdadbahn beteiligt seien, seien auch in der Verwaltung der Gesellschaft vertreten. Man könne also sagen, daß das Unternehmen ein osmanisches sei, aber mit einem internationalen Charakter und unter solcher Führung. Jüngere werde man allerdings von einem deutschen Unternehmen sprechen können, als das gegenwärtige Unternehmen deutschen Gesetze entporen und mit Hilfe deutschen Wissens und deutschen Kapitals geleitet werde. Er betone aber ausdrücklich, daß der deutschen Regierung bei der Bagdadbahn politische Ziele und Hintergedanken gänzlich fern lägen. Das sie im Auge habe, sei die kulturelle Erschließung von Ländern, die dieser Erschließung wert seien. Die von der Bagdadbahn erworbenen Rechte seien von keiner Seite in Frage gestellt worden. Deutschland werde alles daran setzen, das Unternehmen zu fördern. Hoffentlich würden die Mißbehörden und Befürchtungen, denen das Unternehmen bei anderen Nationen begegnet sei, als irrtümlich und gegenstandslos anerkannt.

Was die

Fragen der Nordsee und der Ostsee

betreffen, so seien ihm, da die Verhandlungen noch im vollen Gange seien, die Hände gebunden. Er könne jedoch mitteilen, daß Deutschland an den Verhandlungen aus vollkommen freien Stücken sich beteilige. Der Zweck des Abkommens sei einzig und allein die Anerkennung und Sicherstellung des Status quo an den Ufergebieten der Nord- und Ostsee. Deutschland hoffe dadurch das Mittel an der West zu schaffen und damit einen erweisen Beweis für seine friedliche, auf keinerlei territoriale Expansion gerichtete Politik zu geben und dem Frieden einen neuen Dienst zu erweisen. Zu einem Akte der Schwäche würde die Regierung niemals die Hand bieten. (Beifall.) Weiterens lägen keinerlei Anzeichen vor, daß der Gedanke auftauche, Deutschland sei nicht im Vollbesitze seiner Stärke und handle nicht dementsprechend. (Erneuter Beifall.) Das, was insbesondere die Ostsee betrifft, ist ein mare clausum geschaffen worden, sei bereits bekannt, er bestände es aber von neuem. Hinsichtlich der Landungsplätze habe Rußland keinerlei Antrag an die beteiligten Mächte gerichtet und beabsichtige einen solchen auch nicht. Das mit falls eine Menge irrtümlicher Kommentare und Verlegungen, insbesondere über die angeblich unphöne Rolle, die Deutschland spiele, in sich zusammen.

Auf eine Anfrage gab Reichsfinanzminister v. Bülow eine Uebersicht über die Entwicklung der

Umsatzsteuereinnahmen

im ersten Jahrzehnt der Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reich und führte dann aus: Während die Weiterbildung der Verfassung in den 70er Jahren ohne wesentliche Unterbrechung ihren Fortgang genommen hatte, trat seitdem eine Störung ein. Er meinte, daß die Entwicklung durch das Gesetz vom 3. Juli 1897 keineswegs abgebrochen sei, daß vielmehr nachdrücklich angekrebt werden müsse, die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens im Sinne einer Umänderung an die bundesstaatliche Verfassung weiter auszugestalten. Er sei in eingehende Erörterungen über die von der Regierung eingetreten und hoffe, daß diese Verhandlungen die ersichtlichen Vorteile der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung der Reichs- und Reichs-Verwaltung bringen würden. Die staatsrechtlichen Schwierigkeiten, die sich einer befriedigenden Lösung entgegenstellten, seien bekannt und von ihm wiederholt hervorgehoben worden. Endgültige Entscheidungen konnten deshalb noch nicht gefaßt werden, so daß es sich verlagern müsse, heute auf Einzelheiten einzugehen.

Ausland.

Der serbische Kronprinz rebelliert.

Der serbische Kronprinz richtete an seinen bisherigen Rechtslehrer Professor Kumanudi, der kürzlich als der geistliche Urheber des bekannten Kronprinzenbrosches in der Upanageangelegenheit seiner Stellung entbunden wurde, ein Schreiben, in dem er über die Entscheidung sein Bedauern ausdrückte und ihm für seine bisherige Tätigkeit dankt. Da die Maßregelung durch die Regierung im Einkommen mit dem König erfolgt ist, trägt der Brief den Charakter offener Auflehnung gegen Regierung und König. Eine derartige Rebellion ist ja in Serbien nichts Neues!

Keine Tagesnachrichten.

Bei der Erstklausur am englischen Internat wurde Gooch (Unionist) mit 6970 Stimmen gegen Gantner (Lib.), der 4476 Stimmen erhielt, gewählt. Der verstorbene Liberale Clark war im Jahre 1906 mit einer Mehrheit von 2399 Stimmen gewählt worden.

Soennecken-Federn

Für alle Federhaltungen: Auswahl 1, 2, 3 Je 30 Pf.
"Schwabe" "Normalform" Je 20 Pf.
"Flotte Schreiber" "Normalform" Je 20 Pf.
Zum schreiben ohne Druckveränderung: Auer, Eißendorn 60 ..

In jeder Schreibwarenhandlung vorrätig

Verbessern die Handschrift

Provinzialnachrichten.

Vom eröffneten Schaft Gläudauf.

Helmstedt, 25. März. Zu dem Grubenunglück auf dem Schachte Gläudauf der Norddeutschen Kohlenbergwerke in Helmstedt wird heute berichtet, daß die Hauptmaschinen zum Ausschöpfen des Wassers mit eröffneten sind. Das Wasserpumpenwerk mit den zur Verfügung stehenden Hilfsmaschinen vorgenommen. Doch ist an der Bergung der acht Leichen vorläufig nicht zu denken. Sühne Bergbeamte aus Magdeburg und Halle sind an der Unfallstelle anwesend. Heute morgen wurde noch ein weiteres Steigen des Wassers im Schachte seit gestern nachmittag festgestellt.

Merseburg, 24. März. (In der letzten Stadterkundung der Sammlung) wurde über zwei wichtige Bauarbeiten verhandelt. Die eine betraf die Seminarsanagenverhältnisse. Der Minister hat die Gesamtbaukosten auf 294 000 Mark veranschlagt. Bei dem zweiten Punkt handelt es sich um den Krankenhausbau und damit zusammenhängend die Pflegerwohnung. Die Kosten belaufen sich auf 221 000 Mark; davon sollen 200 000 Mark durch öffentliche Aufträge werden. Den Rest von 21 000 Mark und die Kosten für Wärmereste, Kanalisation und Wasserleitung, insgesamt in Höhe von 80 000 Mark will man von der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt leihen. Beide Projekte wurden angenommen.

Mühleln, 24. März. (Schwerverbrannt.) Im Maschinenhaus der Grube Elisabeth bei Mühleln fiel ein polnischer Arbeiter in die glühenden Aschenmassen und konnte nur in schwer verbranntem Zustande gerettet werden. Er wurde in das Krankenhaus Bergmannstrost in Halle geschafft.

Erptingen, 22. März. (25jähriges Stiftungsfest.) Der hiesige Landwehrverein feierte heute sein 25jähriges Stiftungsfest, das er durch einen Kirchgang einleitete. Dann erfolgte ein Umzug durch die Ortschaften Jordan, Erptingen und Jöbster. Abends fand ein Festessen der Mitglieder mit ihren Damen statt, woran sich Konzert und Theater schloß. Ein fröhlicher Ball schloß das schön verlaufene Fest.

Halle, 24. März. (Armenkunde.) In der Nähe eines Ortes wurden beim Anlegen von Futtermieten bereits mehrfach etwa 1/2 Meter unter der Erdoberfläche Irren gefunden, die aber nichts weiter enthielten als Asche und einzelne unkenntliche Eisen- und Blechteile. Es waren Leutzeuge mit 25 bis 30. Durchsicht, die leider alle zerkümmert wurden. Anschließend handelt es sich hier um ein sogen. Irrenfeld, über dessen Alter aber noch nichts Bestimmtes festgestellt wurde.

Höhne, 23. März. (50jähriges Doktorjubiläum.) Der Senior der hiesigen Kreisstadt, Sanitätsrat Dr. Weiger, beging heute sein 50jähriges Doktorjubiläum. Dr. Weiger promovierte am 23. Juli 1838 an der Universität Berlin. Aus Anlaß der 50. Wiederkehr dieses Tages überreichte die medizinische Fakultät in Berlin dem Jubilar die besten Wünsche und erneuerte das Doktordiplom.

Heiligenstadt, 23. März. (Der freilebende Dorfshader.) In dem Nachbarort Freienhagen läßt seit einigen Tagen der Dorfbarbiere Seife und Messer ruhen und die dringlichsten Vitten seiner Kunden vernachlässigt, ihn zur Wiederannahme seiner für die Verschönerung der männlichen Einwohnerschaft des Dorfes so überaus wichtigen Tätigkeit zu veranlassen. Mit dem „Streit“ hat es eine ganz eigentümliche Bewandnis: Der Dorfbarbiere, ein im Orte recht beliebter Mann, der schon infolge seines Berufs einen großen Freundes- und Anhängerkreis hatte, stand zur Stichwahl bei der letzten Gemeindevertreterwahl. Der Barbier rechnete mit Sicherheit auf seine Wahl, doch das Unerwartete geschah: er fiel durch. Er sah sich in dem Vertrauen auf seine Freunde so schwer getäuscht, daß er nun fürchterliche Rache nimmt und seine geschäftsverhindernde Tätigkeit ruhen läßt. Es ist ihm ganz einleuchtend, wenn die Geschlechter der Männer und Jünglinge von Freienhagen wie Stoppelfelder aussehen; das hat mit seiner Rache der Dorfbarbiere getan!

Quedlinburg, 24. März. (Vom Zustand der Kanalisationsarbeiter.) Die getreten in den Zustand getretenen Kanalisationsarbeiter haben heute unter den bisherigen Vorhänden die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen, da sich die Baufirma v. Hoff-Bremen bereit erklärt hat, mit den Arbeitern zu verhandeln. Die Veranlassung zu den Differenzen ist in erster Linie darin zu

suchen, daß den einheimischen Arbeitern nicht dieselben Löhne gezahlt wurden wie den Fremden. Falls keine Einigung herbeigeführt wird, wollen die Arbeiter die Arbeit wieder einstellen.

Y Umenau, 23. März. (Verstümmelt.) In der Druckerei der hiesigen Lokalzeitung „Die Henne“ ereignete sich heute nachmittag ein schwerer Unfall. Ein Arbeiter, der heute nachmittag die Zeitung besorgte, wurde durch einen Fall von der Dampfmaschine verletzt. Er wurde durch einen Fall von der Dampfmaschine verletzt. Er wurde durch einen Fall von der Dampfmaschine verletzt.

Wanzenburg (Sax.), 24. März. (Reisepfandung.) Am 18. und 19. März fand an der hiesigen Realschule eine Prüfung unter dem Vorsitz des bezüglichen Kommissars, Oberschulrats Prof. Dauber, die mündliche Entlassungsprüfung statt, an der 16 Prüflinge teilnahmen. Ein Schüler trat während der mündlichen Prüfung zurück, die übrigen bestanden.

Eisenach, 24. März. (Ein sparendes Mäme.) Eine hiesige junge Dame, die sich lobhaft für ein beliebtes Mitglied unseres Stadttheaters interessierte, aber noch wenig Gelegenheit gehabt hatte, etwas Näheres über den Herrn zu erfahren, wandte sich in ihrer Keuschheit und tiefen Verehrung an ein süddeutsches Auskunfts-Bureau, das sie um Bericht über den Erwähnten ihrer Keuschheit, nach kurzer Zeit erhielt sie denn auch ein Antwortschreiben, nach dem Inhalt sehr tröstlich und aufmunternd für die Dame war. Es hieß darin: Herr X. ist ein relativ solider Herr, der im Hofe zu Mittag speist und viel in Weinstuben 3. verkehrt. In seiner kurzen Künstlerlaufbahn hat er es verstanden, sich bereits ein Vermögen von 10 000 M. (!!) zu sparen. Seine Rechnungen erledigt er prompt und bar. Nach dieser brillanten Auskunft (ein Bravo dem soliden Künstler) werden wir wohl bald Gelegenheit haben, eine Verlobung am Stadttheater registrieren zu dürfen. Das Auskunftsbureau ist übrigens zu empfehlen.

(?) Eisenach, 24. März. (Charles Tante im Johannistal.) Unter dieser Stigmazette berichtet die Tagespost folgendes niedliche Geschehnis: Es war ein nachmittäglicher Märzabend und der Frühlingswind piff eine gar lustige Melodie, als ein Wagen langsam am Prinzentisch vorbei in das idyllische Johannistal einbog. Bald hielt er vor einem Pensionatsort. Mit einem Jubelschrei warf sich die erwartungsvolle, reizende Nichte der „lieben Tante Wolf aus Leipzig“ an den Hals und mit hohen Ehren wurde die Dame von der Beherrscherin des Pensionats empfangen. Es war aber sonst auch so langweilig am Abend, trotzdem Tanzstunden-Schlussball war. Ohne Herren! Jamahl! ohne Herren! Da drängte denn die gute alte Tante willkommene Abwechslung und gute Stimmung mit, wenn sie auch ein etwas unmodernes Gewand trug und zu Anfang ein bißchen zurückhaltend war. Bald war Tante Wolf wieder jung geworden und gewann durch ihr liebes- und humorvolles Wesen aller Herzen. Man nannte ihr ein sorgfältig einstudiertes Menuett vor und ließ sie die ledernen Lorien als Erste und Würdigste anstreichen; kurz, man schätzte und liebte sie ungeheuer und von allen Seiten. Nur ungern brachte man sie auf ihren Wunsch in ehrenvollem Geleit zum Hotel. Noch ein kurzer Gruß an die liebevolle Nichte, und Tante Wolf war verschwunden. — — — Wenige Tage darauf verschwand auch die Nichte, vielmehr sie mußte verschwinden; denn sie wollte es die gestrenge Pensionatsmutter im Johannistal. Unbegreiflich, wie? Die gute Dame hielt es nämlich für ganz und sicher erwiesen, daß die alte Tante Wolf aus Leipzig ein heiliger junger Schauspieler gewesen ist.

Kuhlitz, 24. März. (Kinderkolonie.) Der Naturheilverein wird in diesem Sommer eine sogenannte Kinderkolonie ins Leben rufen. Die Einrichtung soll der körperlichen Kräftigung schwächlicher Kinder, insbesondere solcher, die an Blutmangel, Stropheln oder englischer Krankheit leiden, dienen. Mit der Aufsicht wird eine Diätantin oder Kinderärztin betraut werden. Die Oberaufsicht zu übernehmen hat sich einer der beiden dortigen Ärzte bereit erklärt.

Meiningen, 24. März. (Die große Feuerzettel) des abgetrannten Hoftheaters ist am Montag zu Fall gebracht worden. Kein anderer als ein durchreisender Handwerksburscheßel den Mut, auf der schwindelnd hohen, ganz freistehenden Mauer die nötigen Stützungen für An-

bringung der Drahtseile zu treffen, mittels deren die Mauer umgezogen wurde. Ein fürchterlicher Krach, und zur Erde neigte sich das mächtige Bauwerk. Der kühne Mann erhielt für seine Tat die Summe von 65 Mark ausgezahlt.

Gerichtsverhandlungen.

Schöffengericht.

Halle, 24. März.

Vom Gasarbeiterstreit.

Der Arbeiter Lech begehrt am Abend des 2. Februar in der Bienenstraße dem Arbeiter Knöche und rief ihn verächtlich zu: „Na, du bist auch mitmachen können, Gullow! Du bist ein Lump, ein Käseker, ein Stramer, ein Baggand!“ Lech war darüber ärgerlich, daß Knöche sich nicht an Gasarbeiterstreit beteiligte. Doch hat Knöche bei der beabsichtigten Anrede nicht den Einbruch gehabt, daß Lech ihm dadurch zur nachträglichen Teilnahme am Streit nötigen wolle. Das Gericht nahm aber außer Beledigung noch verächtliche Nötigung an. Der Amtsanwalt beantragte 14 Tage Gefängnis, der Gerichtshof erkannte auf drei Tage.

Drei Gasarbeiter, ein Schloffer und drei Maler hatten während des Gasarbeiterstreits Strafbefehle über je 9 M. erhalten, weil sie den Aufforderungen von Polizeibeamten, sich aus der Umgebung der Gasanstalten auf den Fußwege oder in der Krankenstube zu entfernen, nicht rechtzeitig Folge geleistet haben sollten. Gegen die Polizeibeamten hatten sie gerichtliche Entschädigung beantragt. Nach den Angaben mehrerer Polizeibeamten ist namentlich die Gasanstalt auf den Fußwegen an gewissen Tagen förmlich umschwärmt gewesen. Streikende drängten sich an den Zaun und riefen beleidigende Worte zu den Arbeitswilligen hinüber. Einer sagte: „Da sind ja die Besorger, die uns den Familienunterhalt, das Brot wegnehmen!“ Ein Streikposten äußerte auf die Begehrung eines Polizeibeamten trotziger, er habe hier so gut Vorkost zu stehen wie der Sergeant. Des öfteren liefen bei der Kollaterale Bescherden von Frauen ein, die den Arbeitswilligen Essen in die Gasanstalt trugen. Die Frauen klagten, sie würden von den Streikenden zurückgehalten und teilweise sogar geschlagen. Eine Frau erklärte meidend, man habe ihr das Essen aus dem Fensterlopp auf die Erde geschüttelt.

Den sieben Einspruchserhebungen konnten beantragte Revisionen nicht zur Last gelegt werden. Vier von ihnen, der Schloffer und die drei Maler, hatten mit dem Streit überhaupt nichts zu tun gehabt. Sie hätten nur zufällig jene Gegend aufgesucht und waren dann gleichfalls mit weggenommen worden. Aber auch den Einspruch der drei Gasarbeiter erklärte das Gericht für begründet und hob daher bei sämtlichen sieben Angeklagten die Polizeistrafen auf. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, bei Streiks und ähnlichen außergewöhnlichen Ereignissen berechtige die allgemeine Befürchtung, es könnten Aufstände und Unruhen entstehen, die Polizei allerdings mit weggenommen werden. Aber auch den Einspruch der drei Gasarbeiter erklärte das Gericht für begründet und hob daher bei sämtlichen sieben Angeklagten die Polizeistrafen auf. In der Urteilsbegründung wurde gesagt, bei Streiks und ähnlichen außergewöhnlichen Ereignissen berechtige die allgemeine Befürchtung, es könnten Aufstände und Unruhen entstehen, die Polizei allerdings mit weggenommen werden. Aber auch den Einspruch der drei Gasarbeiter erklärte das Gericht für begründet und hob daher bei sämtlichen sieben Angeklagten die Polizeistrafen auf.

Wetter-Aussichten.

(Auf Grund der Berichte des Reichs-Wetter-Dienstes.)

[Nachdruck verboten.]

23. März: Windig, raub, windig, veränderlich.
24. März: Unwetter, milder, windig.
25. März: Windig, heiter bei Wolkenszug, milde, Regenschnee.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wichmann, für den Feuilleton: Otto Sonne, für den lokalen Teil, für Provinznachrichten, Gericht und Sport: Eugen Brinmann, für Vermischtes: Paul Schumann; für den Handelsteil: Fritz Karg; für den Interessenteil: Max Knebel. Druck und Verlag von Otto Hendel, Gemülich in Halle a. S.

— Diese Nummer umfasst 12 Seiten —

Als wird

Kinder-Frühstück

Kasseler Hafer-Kakao

tausendfach ärztlich empfohlen. Er kräftigt, wirkt nachhaltig sättigend und lässt während des Unterrichts kein nervöses Hungergefühl aufkommen. — Nur echt in blauen Kartons à 1 Mk., niemals lose.

Grosse Gardinen-Woche.

Ein selten günstiges Angebot in Engl. Tüll-Gardinen, nur bestbewährte, vorzügliche Qualitäten zu ausserordentlich billigen Extra-Preisen.

Serie I: das Meter statt 68 Pf. 42 Pf. abgepasst, das Fenster statt M. 3.75 2.50	Serie II: das Meter statt 78 Pf. 48 Pf. abgepasst, das Fenster statt M. 6.50 3.90	Serie III: das Meter statt 90 Pf. 58 Pf. abgepasst, das Fenster statt M. 7.75 4.50
--	---	--

Vollständige Dekoration, zwei Langchales, ein Querchale, vornehmer Besatz, moderne Stickerei 2.00

Jedes Angebot ohne Konkurrenz!

Geschäftshaus J. Lewin Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

Größtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.



BURGEFF & CO. HOCHHEIM A/M.

Deutsches Erzeugniss.

Zu beziehen durch den Weinhandel.

BURGEFF „GRÜN“
BURGEFF „EXTRA-CUVÉE“
BURGEFF „JUBILAUMS-CUVÉE“
„IMMERGRÜN.“



Aus echten
Champagnerweinen

Der Magnet.

gesetzlich geschützt.



und
ga
Pe
Herr
hand
liege

jäh
an
Kra
etwa
hoch
des
Schil
sund
dave
höht
Meß
K I a
ärztl
allge
zwei
der
sind
und
gena
nisse
Elter
was
heißt
nam
jähr
ärztl
sucht
unter

Epro
faller
simm
gefi
geste
und
durg
sich
fiell
den,
P I ä
zur
fo I o
ber
delon
Niebe
euch

9
ling
und
denn
zu h
licht.
Nähr
für
Heide
mein
hat
richte
vor
bode
gegr
gangs
Krat
mit

